

**LVU-Hauptgeschäftsführer Werner Simon:**

## **Mindestlohn macht arbeitslos**

**„Der mittlerweile dritte Vorstoß für einen flächendeckenden Mindestlohn ist genauso falsch, wie die ersten beiden.“ So reagiert der Hauptgeschäftsführer der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz, Werner Simon, auf die erneute Bundesrats-Initiative der Landesregierung: „Mindestlöhne gefährden Arbeitsplätze.“**

Mit der Forderung nach einer bundesweiten Regelung als Ersatz für Tarifregelungen der Länder, reagiert die Landesregierung auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes, das das niedersächsische Vergabegesetz verworfen hatte. Dieses sollte sicherstellen, dass bei öffentlichen Aufträgen das ortsübliche Lohnniveau eingehalten wird. Derartige Regelungen haben sich jedoch bereits an anderer Stelle als zu bürokratisch und unpraktikabel erwiesen. Laut Arbeitsministerin Malu Dreyer soll die Bundesregierung aufgefordert werden ein Gesetz auf den Weg zu bringen, „das es den Ländern ermöglicht, bei öffentlichen Auftragsvergaben Mindeststandards zu gewährleisten, oder eine bundeseinheitliche Regelung zu treffen“. Dies läuft wohl auf eine flächendeckende Mindestlohn-Regelung hinaus.

Im vergangenen Jahr war Kurt Beck zunächst in seiner Funktion als SPD-Bundesvorsitzender mit einer Initiative für einen flächendeckenden Mindestlohn gescheitert. Kurze Zeit später beschloss dann sein Landeskabinett eine Bundesrats-Initiative. Dass die Landesregierung auf diese Weise nun auf das Urteil des Europäischen Gerichtshof zum niedersächsischen Vergabegesetz reagiere, spreche für die Überzeugung, mit der das Ziel verfolgt werde – mache die marktverzerrende negative Wirkung des Mindestlohnes jedoch nicht besser.

Erst kürzlich musste die Bundesregierung einräumen, dass seit Einführung des Post-Mindestlohnes 57 Unternehmen dieser Branche aufgeben mussten und etwa 5.700 Menschen ihren Arbeitsplatz verloren haben. „Dies belegt in bedrückender Deutlichkeit die einfache Wahrheit: Mindestlohn macht arbeitslos“, so Simon. „Gerade einfache Tätigkeiten werden von den Unternehmen nicht mehr nachgefragt, wenn die Lohnkosten die Schwelle der Rentabilität übersteigen – da beißt die Maus keinen Faden ab.“

### Hintergrund:

*Die Bundesratsinitiative gilt, laut Tageszeitung Die Welt von heute, als Auftakt zu einer erneuten Mindestlohnoffensive. Die Zeitung zitiert eine Einschätzung von MinDir Wolfgang Koberski aus dem Bundesarbeitsministerium, nach der die gewünschte Wirkung eines Tariftreuegesetzes nur durch die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes durchsetzbar sei.*

Nr. 13/2008

Diese Pressemitteilung besteht aus 1 Seite(n)  
24. April 2008

Ansprechpartner:

Marcel Speker  
Tel.: (0 61 31) 55 75 31  
Fax: (0 61 31) 55 75 39  
marcel.speker@lvu.de

### **Herausgeber:**

LVU - Landesvereinigung  
Unternehmerverbände  
Rheinland-Pfalz

Hindenburgstraße 32  
55118 Mainz  
www.lvu.de

Postfach 29 66  
55019 Mainz  
contact@lvu.de